

Deniz-Deal, na und?

Nein, es ist den Bedenkenträgern und Gutmenschen nicht möglich, sich einfach nur zu freuen, dass Deniz Yücel nach über einem Jahr „Untersuchungshaft“ in der Türkei wieder freigekommen ist und nach Berlin zurückkehren durfte. Wir müssen nicht darüber diskutieren, mit was für einer Art Staat wir es zu tun haben, der willkürlich Journalisten, Künstler, andersdenkende Politiker und wer sonst noch auffällig geworden ist, wegsperret und sie ewig ohne Anklage im Gefängnis sitzen lässt. Ein Rechtsstaat ist das jedenfalls nicht. Aber ein Nato-Staat, und das macht die Sache so kompliziert.

Die Türkei und die DDR kann man natürlich nicht vergleichen. In einem Punkt allerdings doch. Beides sind bzw. waren keine Rechtsstaaten nach unseren freiheitlich demokratischen Kriterien. Eine unabhängige Justiz gibt es nicht, Pressefreiheit erst recht nicht. Eine Entwicklung, die sich in Ungarn und Polen seit einiger Zeit auch abzeichnet. Und das sind sogar EU-Staaten, bei denen wir tatenlos zusehen müssen, wie die demokratischen Werte die Donau und die Weichsel runtergehen.

Gab es bei der Freilassung von Deniz Yücel irgendeinen Deal? Welchen Anteil hat Sigmar Gabriel daran? Das sind die großen Themen, die in den Medien diskutiert werden und für die sich die Bedenkenträger der Linken und Grünen zu Wort melden.

Ich will es mal ganz ungeschminkt sagen. Es ist mir scheißegal, ob es einen Deal gab oder nicht. Hauptsache der Mann ist wieder in der Freiheit. Haben wir vergessen, dass es in der Bundesrepublik, BRD, Westdeutschland oder wie auch immer genannt, ein eigenes Freikaufministerium gab? Das nannte sich „Ministerium für innerdeutsche Beziehungen“, das bis 1969 „Ministerium für gesamtdeutsche Fragen“ hieß. Rainer Barzel und Herbert Wehner standen einst diesem Ministerium einst vor.

In diesem Ministerium gab es den größten verdeckten Haushalt, über den je eine Behörde verfügen konnte. Im Wesentlichen war das Ministerium damit beschäftigt, unschuldige, oder nach DDR-„Recht“ schuldige Deutsche freizukaufen. 3,5 Mrd. DM zahlte die BRD für den Freikauf von 33.755 Deutschen mit DDR- oder BRD-Pass.

„Der Menschenhandel, den auf Ostseite durchgängig der Rechtsanwalt und Honecker-Vertraute Wolfgang Vogel abwickelte, war ein äußerst diffiziles Geschäft. Denn auch wenn die westlichen Unterhändler wie der Ministerialbeamte Ludwig Rehlinger oder der West-

Berliner Rechtsanwalt Reymar von Wedel stets nur das Beste im Sinn hatten, arbeiteten sie immer in der Gefahr, von Vogel und seinem Stasi-Aufpasser Oberst Heinz Volpert in einen trüben Sumpf herabgezogen zu werden.“, schreibt die Welt in einem Artikel vom 13.11.2012. 95.847 DM kostete im Schnitt ein Freikauf.

Über diese Schnäppchenpreise lacht sich heute jeder Schurkenstaat kaputt. Unter einer Million beginnen erst gar keine Verhandlungen. Dabei handelt es sich natürlich um Entführungsoffer, um Geiseln. Was ist eigentlich der Unterschied zwischen einer Geisel und einem in türkischen Gefängnissen einsitzenden Deutschen?

In Zeiten einer „geschäftsführenden Bundesregierung“ hat man natürlich eine gute Ausrede, um keine neuen Waffenlieferungen in die Türkei ausführen zu können. Aber irgendwann wird es wieder eine amtliche Bundesregierung geben, und wer sollte dem Nato-Land Deutschland dann verbieten wollen, dem Nato-Land Türkei Waffen zu liefern? Unsere Waffenexporte gehen in die ganze Welt. Ein Kabarettist sagte am politischen Aschermittwoch zum Thema Waffenlieferungen in Krisengebiete, „ja, wohin denn sonst?“

Es ist keine gute Welt, in der wir leben. Demokratische Grundwerte haben derzeit nicht Konjunktur auf diesem Globus. Selbst in einem der größten Demokratien der Welt, den USA, ist der gegenwärtige Präsident ständig damit beschäftigt, die Unabhängigkeit der Medien zu untergraben, in denen er ihnen Falschmeldungen vorwirft. Faktenchecks zeigen zwar unmittelbar, dass es nur einen Lügner in den USA gibt und der sitzt im Weißen Haus, dennoch verbreiten sich gesteuerte Fake-News über die ganze Welt.

Als jemand, der in eine Demokratie hineingeboren wurde, hätte ich es nie für möglich gehalten, einmal wieder für demokratische Grundrechte streiten zu müssen. Und zu diesen Grundrechten gehört das Recht von Minderheiten, so behandelt zu werden, wie alle anderen auch. Das gerät in unserem Lande ins Wanken. Besonders erschreckend ist es, dass nach neuesten Umfragen viele Menschen eine Wiederholung des Holocaust für möglich halten.

Wir haben viele Probleme in unserem Land, vor allem ein Glaubwürdigkeitsproblem der etablierten Parteien. Die älteste Partei Deutschlands befindet sich gerade im Sturzflug, während der rechte Rand wächst. Wer in die AfD eintritt oder sie nur wählt, sollte die Frage des Kabarettisten Max Uthoff beantworten: „Würden Sie auf eine Party gehen, von der Sie wissen, dass einer der Gäste ein Gefährder ist?“

Ed Koch